



Detailansicht des Registereintrags

Handicap International e.V.

Aktuell seit 29.06.2026 16:50:35

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001918
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	29.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	29.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Lindwurmstr. 101 80337 München Deutschland Telefonnummer: +49895476060 E-Mail-Adressen: info@deutschland.hi.org Webseiten: www.handicap-international.de
Hauptstadtrepräsentanz:	Berliner Straße 44 10713 Berlin Telefonnummer: +493028043920 E-Mail-Adresse: info@deutschland.hi.org
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25	
Öffentliche Zuwendungen, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge,	
Sonstiges	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

140.001 bis 150.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1,10

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Dr. Inez Kipfer-Didavi**

Funktion: Geschäftsführerin (einzelvertretungsberechtigt)

2. Julia Holzer

Funktion: Vorstandsvorsitzende

3. Dr. Kathrin Strobel

Funktion: stellver. Vorstandsvorsitzende

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (5):**1. Dr. Eva Fischer****2. Veronika Wies****3. Dr. Susanne Schwalgin****4. Sophia Eckert****5. Dr. Inez Kipfer-Didavi****Gesamtzahl der Mitglieder:**

74 Mitglieder am 19.05.2026, ausschließlich natürliche Personen

Mitgliedschaften (6):

1. Aktion Deutschland Hilft e.V.

2. Deutscher Spendenrat e.V.

3. Humanity & Inclusion

4. Nord Süd Forum München e.V.

5. VENRO - Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.

6. Deutscher Paritätischer Gesamtverband

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (9):

Außenpolitik; Menschenrechte; Entwicklungspolitik; Rechte von Menschen mit Behinderung; Integration; Migration; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration"; Humanitäre Hilfe und Krisenprävention; Abrüstungspolitik

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Durch Gesprächsanfragen und persönliche Gespräche wird der direkte Kontakt zu Politikerinnen und Politikern, insbesondere Mitgliedern des Deutschen Bundestages, gesucht. Ergänzend dazu werden aktuelle Publikationen versandt, um für unsere Positionen zu werben. Auch die Organisation verschiedener Veranstaltungsformate, wie parlamentarische Frühstücke, dient diesem Zweck sowie der anschaulichen Vorstellung der Arbeit der Organisation.

Im Mittelpunkt der Interessenvertretung steht das Ziel, die deutsche humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit inklusiver zu gestalten. Gleichzeitig soll sichergestellt werden, dass Deutschland nicht nur seinen Verpflichtungen im Bereich der Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge nachkommt, sondern diese auch aktiv stärkt.

Mit dem Projekt Crossroads | Flucht. Migration. Behinderung, setzt sich HI für eine Verbesserung der Lebenssituation geflüchteter Menschen mit Behinderung in Deutschland ein.

Konkrete Regelungsvorhaben (11)

1. UN-BRK-konforme Umsetzung der GEAS-Reform, Fokus auf Identifikation von Schutzbedarfen bei Menschen mit Behinderungen

Beschreibung:

Zielsetzung ist die UN-BRK-konforme Umsetzung der Rechtstexte der GEAS-Reform mit besonderem Fokus auf einem mehrstufigen, datenschutzkonformen Bedarfsfeststellungsverfahren bei Menschen mit Behinderungen. Dies betrifft unter anderem die Umsetzung der Screening-Verordnung (VO 2024/1356). Daneben soll die neue AufnahmeRL (RL 2024/1346) in Deutschland in allen Bereichen vollständig und UN-BRK-konform umgesetzt, Asylverfahren im Rahmen der Umsetzung der Asylverfahrens-Verordnung (VO 2024/1348) bedarfsgerecht ausgestaltet werden.

Seit Inkrafttreten der GEAS-Anpassungs- und Anpassungsfolgegesetze ist die Zielsetzung die entsprechende UN-BRK- und EU-AufnahmeRL-konforme Umsetzung in den Bundesländern und die UN-BRK und AsylVfVO-konforme Umsetzung durch das BAMF.

Betroffenes geltendes Recht:

AsylVfG 1992 [alle RV hierzu]; AufenthG 2004 [alle RV hierzu]; SGB9uaÄndG [alle RV hierzu]; BDSG 2018 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Integration [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

2. Diskriminierungsfreier Zugang zur Einbürgerung für Menschen mit Behinderung

Beschreibung:

Zielsetzung ist die verfassungs- und UN-BRK-konforme Umsetzung der Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts bzw. eine erneute Gesetzesänderung, um eine Kollision mit Verfassungsrecht und der UN-Behindertenrechtskonvention zu vermeiden. Dies gilt insbesondere hinsichtlich des Wegfalls der Ausnahme von Lebensunterhaltssicherung bei unverschuldetem, behinderungsbedingtem Sozialleistungsbezug bei der Anspruchseinbürgerung (§ 10 StAG).

Betroffenes geltendes Recht:

RuStAG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Integration [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

3. Aufhebung eingeschränkter Leistungsanspruch bei Geflüchteten mit Behinderung

Beschreibung:

Zielsetzung ist der diskriminierungsfreie und voll umfängliche Zugang zu Versorgungs- und Teilhabeleistungen für Menschen mit Behinderung im Einklang mit den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention; betroffene Regelungen sind v.a. das AsylbLG und der 2. Abschnitt des SGB IX.

Betroffenes geltendes Recht:

AsylbLG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Integration [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

4. Bedarfsgerechtes Wohnen für Geflüchteten mit Behinderung

Beschreibung:

Zielsetzung ist die Streichung bzw. Verkürzung der Wohnverpflichtung in Aufnahmeeinrichtungen bei der Gruppe von Menschen mit Behinderung im Einklang mit der UN-BRK. Hilfsweise muss gesetzlich klar geregelt werden, dass die Wohnverpflichtung im Einzelfall aufzuheben ist, wenn eine bedarfsgerechte Unterbringung nicht gewährleistet werden kann. Bei der bundesweiten Verteilung müssen behinderungsbedingte Bedarfe, nicht Verteilschlüssel im Vordergrund stehen. Entsprechende Anpassungen im Asylgesetz werden angestrebt.

Betroffenes geltendes Recht:

AsylVfG 1992 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Integration [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

5. Inklusive Integrations Sprachkurse

Beschreibung:

Vor dem Hintergrund der Rechte auf Teilhabe und Nicht-Diskriminierung aus der UN-BRK ist die Zielsetzung die Einführung eines Integrations Sprachkurses für Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung sowie der Ausbau eines inklusiven Integrations Sprachkursangebots für Menschen mit Behinderung (insbesondere für Menschen mit Hör- und Sehbehinderung). Inklusive Kinderbetreuung soll zudem pflegenden Eltern von Kindern mit Behinderung eine gleichberechtigte Möglichkeit eröffnen, am Integrations Sprachkurs teilzunehmen. Eine Anpassung der IntegrationskursVO, ggf. auch des AufenthG, wäre wünschenswert; es braucht jedoch vor allem einen Ausbau und die Verbesserung von Integrations Sprachangeboten innerhalb des bestehenden Rechtsrahmens.

Betroffenes geltendes Recht:

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Integration [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

6. Menschen mit Behinderungen: Bedarfsgerechtes Asylverfahren und behinderungsspezifische Fluchtgründe

Beschreibung:

Behinderungsspezifische Herkunftslandinformationen müssen systematisch in Schutz- und Rückführungsverfahren berücksichtigt werden. Asylverfahren sind bedarfsgerecht auszugestalten, u.a. durch die Benennung von Sonderbeauftragten für Menschen mit Behinderungen. Das Refoulement-Verbot gemäß GFK und UN-BRK – insbesondere Art. 15 UN-BRK – ist bei Rückführungen von Menschen mit Behinderungen zwingend zu achten. Zudem müssen alternative Wege der Aufenthaltssicherung die besonderen Hürden für Menschen mit Behinderungen, etwa bei der Lebensunterhaltssicherung, stärker einbeziehen. Es bedarf vor allem einer Anpassung der Praxis und Entscheidungsgrundlage im BAMF und bei den Ausländerbehörden. Gesetzlich betrifft das Regelungsvorhaben v.a. die Bleiberechtsregelungen des AufenthG, auch das AsylG.

Betroffenes geltendes Recht:

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]; AsylVfG 1992 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Integration [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

7. Familiennachzug und andere sichere Zugangswege für Menschen mit Behinderungen

Beschreibung:

Für Menschen mit Behinderungen sind sichere und legale Zugangswege – etwa über Familiennachzug, Resettlement oder humanitäre Aufnahmeprogramme – unverzichtbar, da eine eigenständige Flucht oft unmöglich ist. Diese Wege müssen im Einklang mit völker-

und menschenrechtlichen Vorgaben, insbesondere der UN-BRK und der UN-KRK, erhalten und ausgebaut werden. Die Begrenzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte ist abzulehnen, angemessene Regelungen zum Geschwisternachzug einzuführen. Vor allem müssen die besonderen Schutzbedarfe von Kindern mit Behinderungen bei Familiennachzugsregelungen systematisch berücksichtigt und gesetzlich normiert werden (EuGH, Urteil vom 30.01.2024 - C-560/20 - CR, GF, TY gg. Österreich - asyl.net: M32150). Betroffene Regelungen finden sich im AufenthG.

Betroffenes geltendes Recht:

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Integration [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

8. Zu den Koalitionsverhandlungen: Schutz und Inklusion geflüchteter Menschen mit Behinderungen sichern

Beschreibung:

HI – Crossroads setzte sich für die Verbesserung der Situation geflüchteter Menschen mit Behinderungen ein. Argumente und Positionen in Bezug auf konkrete Regelungsvorhaben sind bereits in anderen Registereinträgen enthalten: Bedarfsgerechte Sozialleistungen, Menschenwürdig unterbringen, Haft vermeiden, Inklusion in Bildung und Arbeit, Diskriminierungsfreien Zugang zur Staatsangehörigkeit, Situation in Heimatländern für Menschen mit Behinderungen berücksichtigen, Sichere und legale Zugangswege fördern, Europäisches Asylsystem gemeinsam menschenwürdig gestalten, Zusammenhalten, gesellschaftliche Unterstützung begünstigen

Betroffenes geltendes Recht:

AsylVfG 1992 [alle RV hierzu]; AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Integration [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

9. Empfehlung gegen die Einführung der mit dem Leistungsrechtsanpassungsgesetz geplanten Änderungen

Beschreibung:

Die Interessenvertretung bezog sich auf das Leistungsrechtsanpassungsgesetz. Hierzu wurde ein Empfehlungspapier gemeinsam mit „WIR - Netzwerke integrieren Geflüchtete in den regionalen Arbeitsmarkt“ erarbeitet, das von Anthropoi Bundesverband, Bundesverband evangelische Behindertenhilfe e. V. (BeB), Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e. V. (bvkm), Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e. V. (CBP), Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e. V. – ISL und Sozialheld*innen e. V. mitgetragen werden. Ziel ist es, die Auswirkungen eines Rechtskreiswechsels für aus der Ukraine geflüchtete Menschen mit Behinderungen und ihre

Angehörigen sichtbar zu machen. Es wurde eine Empfehlung gegen die Einführung der mit dem Gesetz geplanten Änderungen ausgesprochen.

Betroffenes geltendes Recht:

AsylbLG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Integration [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

10. Asylverfahren und Aufenthaltssicherung für Schutzsuchende aus Syrien und der Ukraine

Beschreibung:

Ziel: Stärkere Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen aus Syrien/Ukraine im Aufenthalts-/Asylrecht & behördlicher Praxis. Fokus: behinderungsspezifische Risiken im Herkunftsland, Barrieren bei Versorgung, Reha, Schutz, Unterkunft, Teilhabe & individuelle Unterstützungsbedarfe in Schutzprüfungen. Für Geflüchtete aus der Ukraine: tragfähige Anschlussregelungen an §24 AufenthG & alternative Aufenthaltssicherung, die Hürden bei Lebensunterhalt, Arbeitsmarktzugang & behördlichen Nachweisen abbauen. Für Syrien: angemessene Aufenthaltssicherung außerhalb/ergänzend zum Asylverfahren durch Anpassungen im AufenthG & Praxis.

Betroffenes geltendes Recht:

AsylVfG 1992 [alle RV hierzu]; AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Integration [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

11. Es geht auch anders! Memorandum für einen starken Flüchtlingsschutz

Beschreibung:

Handicap International e. V. – Crossroads unterstützt das Memorandum „Es geht auch anders!“ für einen starken, menschenrechtsbasierten Flüchtlingsschutz. Im Mittelpunkt stehen faire Asyl- und Gerichtsverfahren, sichere Fluchtwege, gewaltfreie Grenzen sowie verlässliche Aufenthaltsperspektiven. Gefordert werden u.a. die Einhaltung des Zurückweisungsverbots, Resettlement- und Familiennachzugsverfahren, unabhängige Asylberatung und bedarfsgerechte Finanzierung zivilgesellschaftlicher Angebote. Zudem wird ein diskriminierungsfreier Zugang zu sozialen Rechten wie Existenzminimum, Gesundheitsversorgung, Integration, Arbeitsmarkt und Teilhabe angestrebt – besonders für Menschen mit Behinderungen.

Betroffenes geltendes Recht:

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]; AsylVfG 1992 [alle RV hierzu]; AsylbLG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Integration [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu];
Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration,
Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (4):

- 1. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 4.020.001 bis 4.030.000 Euro
Projekte im Bereich Übergangshilfe im Ausland
- 2. Auswärtiges Amt**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 25.920.001 bis 25.930.000 Euro
Humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland
- 3. Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Eschborn
Betrag: 1.600.001 bis 1.610.000 Euro
Projekte im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit im Ausland
- 4. Europäische Union, Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds**
Europäische Union
Brüssel, Belgien
Betrag: 1.960.001 bis 1.970.000 Euro
Verbesserung der bedarfsgerechten Unterstützung, des Zugangs zum Hilfesystem und der gesellschaftlichen Teilhabe von geflüchteten Menschen mit Behinderung

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

5.450.001 bis 5.460.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

[208566_Bericht-JAP-2025_sig_1.pdf](#)

Eigener Verhaltenskodex

[Code-of-conduct_-Integrity-Prevention-of-Abuse-and-Safeguarding.pdf](#)